





unabhängig – lokal – bürgernah

ULB Fraktion im Stadtrat Breisach Vorsitzender: Jürgen Langer Ihringer Landstraße 8 79206 Breisach am Rhein Tel.: +49 (0) 7667 906 97 85 Fax: +49 (0) 7667 906 97 94 E-Mail: langer@ulb-breisach.de

Antrag auf Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in Breisach

Die Fraktion Umweltliste/Tierschutzpartei beantragt die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf die Ausgabe von Speisen und Getränken in Einwegverpackungen im Gastronomiebereich in Breisach.

Begründung:

Schon seit Jahren werden achtlos weggeworfener Müll und überquellende Mülleimer in Breisach und den Ortsteilen beklagt. Das Erscheinungsbild der Stadt sowie ein positives Aufenthaltserlebnis werden dadurch erheblich beeinträchtigt. Ein großer Teil dieses Mülls besteht aus Einweg- Takeaway/Togo- Verpackungen, deren Beseitigung und Entsorgung den städtischen Haushalt Jahr für Jahr belasten.

Am 25.05.2023 hat das Bundesverwaltungsgericht eine von der Stadt Tübingen erhobene kommunale Verpackungssteuer als zulässig erklärt. Kommunen haben jetzt die Möglichkeit, Satzungen zur Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einweg- Takeaway- Verpackungen zu erlassen. Die Stadt Tübingen erhebt eine Steuer von 0,50 Euro auf jede Einwegdose, -flasche, -becher und jedes Einweggeschirrteil (https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer). Diese örtliche Verbrauchssteuer auf Takeaway-Verpackungen schafft finanzielle Anreize bei den gastronomischen Betrieben sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern, abfallarme und umweltfreundliche Mehrwegalternativen zu nutzen. Durch diese Steuer konnten das Müllaufkommen in Tübingen schon reduziert und die Gastronomiebetriebe zu einem vermehrten Angebot von Mehrwegverpackungen veranlasst werden. Die bisher erlassenen Verordnungen zum Einwegkunststoffverbot und zur Mehrwegangebotspflicht konnten keinerlei Wirkung entfalten.

Auch für die Stadt Breisach ist eine solche kommunale Verpackungssteuer sinnvoll:

- Die Müllmenge wird reduziert
- Der Bauhof muss weniger Müll beseitigen und entsorgen
- Der städtische Haushalt wird entlastet, weil weniger Müll beseitigt werden muss
- Das städtische Erscheinungsbild wird für Einheimische und Touristen attraktiver
- Die verminderte Produktion und Entsorgung von Plastikprodukten tragen zum Klima- und Ressourcenschutz bei
- Das Bewusstsein für und die Nutzung von Mehrwegprodukten werden gesteigert





unabhängig - lokal - bürgernah

Die Fraktion ULB/TSP ist sich bewusst, dass die Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer einen erhöhten Verwaltungsaufwand erfordert. Der finanzielle Mehraufwand kann eventuell durch die eigenommenen Verpackungssteuern gedeckt werden. Auch wird gegen eine Verpackungssteuer eingewandt, dass gastronomische Betriebe in den Nachbargemeinden ohne Verpackungssteuer einen Wettbewerbsvorteil hätten. Daher regen wir an, im Rahmen der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft und mit der Stadt Vogtsburg zu prüfen, ob gemeinsam eine Verpackungssteuer erhoben werden könne, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden und Verwaltungskosten einzusparen. Auch der Städtetag Baden-Württemberg begrüßte die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes, "die den Handlungsspielraum der Kommunen in den Bereichen Abfallvermeidung, Kreislaufwirtschaft und Vermüllung des öffentlichen Straßenraums erweitert".

Diesen Handlungsspielraum sollten wir für die Europastadt Breisach nutzen und bitten die Gemeinderatsfraktionen unseren Antrag zu unterstützen.

Für die Umweltliste Breisach / Tierschutzpartei

Breisach, 25.07.2023